



26.03.2012

Geteiltes Echo auf Endberichte des Dexia-Sonderausschusses / »Gerichte sollten tätig werden«

»Interessant ist, was nicht in den Empfehlungen steht«

Der parlamentarische Dexia-Sonderausschuss in der Kammer hat nach einer Marathon-Sitzung von fast zwölf Stunden am späten Freitagabend einen Endbericht seiner Arbeit vorgelegt und gleichzeitig verschiedene Empfehlungen formuliert. Bei der Abstimmung wurde der Gegensatz zwischen den Mehrheits- und Oppositionsparteien offensichtlich.

Die Bitte um die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde erneut abgewiesen - zum großen Ärger der Grünen. Der Dexia-Sonderausschuss hatte den Auftrag, die Umstände zu untersuchen, die zur

Zerschlagung des Finanzkonzerns Dexia geführt hatten. Darüber hinaus nahm das Gremium auch die Arbeit der (belgischen) Aufsichtsbehörden unter die Lupe und versuchte zu prüfen, welche Informationen die Aktionäre über den Zustand des Allfinanzkonzerns und dessen Ableger erhalten hatten. Darüber hinaus sollten verschiedene Empfehlungen die Arbeit in diesem Sektor in Zukunft verbessern und transparenter gestalten. Präsidentin der Kommission war die MR-Politikerin Marie-Christine Marghem.

Während es eine breite Mehrheit für den eigentlichen Endbericht gab, sorgten die damit verbundenen Empfehlungen (siehe »Hintergrund« anbei) für Ärger bei den Oppositionsparteien. Diese sprachen von einer verpassten Chance. Den eigentlichen Grund für den Zusammenbruch der Dexia-Gruppe sei die Unternehmensstrategie gewesen, die zwischen den Jahren 2006 und 2008 - als Pierre Richard und Axel Miller bei Dexia das Sagen hatten - verfolgt worden sei, heißt es in dem Bericht. Die Opposition stimmte damit zwar zu großen Teilen überein, erinnerten jedoch auch an die Verantwortung der öffentlichen Hand, die in dem Bericht gar nicht eingehend hinterfragt werde.

Besonders umstritten sind allerdings die verabschiedeten Ratschläge, deren Umsetzung in den Augen der Mehrheitsparteien dazu führen soll, dass sich ein ähnliches Debakel wie im Zuge der Dexia-Krise nicht mehr wiederholen kann. Doch Meyrem Almaci (Groen) reicht das nicht: »Das ist ein Schandfleck für das Parlament. Wir stellen unsere eigene Bedeutung infrage«, meinte die flämische Abgeordnete. Wirkliche Fortschritte könne man nur mit einem echten Untersuchungsausschuss erreichen, der über besondere Kompetenzen verfüge. »Interessant ist eigentlich nicht, was in den Empfehlungen steht, sondern was nicht darin enthalten ist«, meinte



Axel Miller (Bildmitte) ist laut Abschlussbericht mitverantwortlich für das Dexia-Debakel.

Jan Jambon (N-VA). Beispielsweise werde die Rolle der Gemeindeholding nicht hinterfragt. Kritisiert wurde auch, dass die Parlamentarier keinen Zugang zu Dokumenten der Aufsichtsbehörde FSMA und der Nationalbank hatten. Dieser sei nur ausgewählten Experten gestattet gewesen.

Bei der Arbeit des Sonderausschusses und der Umsetzung der Empfehlungen soll es allerdings nicht bleiben, wenn es nach dem Willen von CD&V und SP.A geht. Vertreter beider Parteien forderten am Sonntag in der flämischen Politik-Talkshow »De zevende dag« gerichtliche Schritte gegen die Dexia-Verantwortlichen. Nach einer eingehenden Untersuchung sei es Sache der Gerichte, weitere Konsequenzen zu ziehen, meinte der CD&V-Politiker Kristof Waterschoot. In den Augen von Dirk Van der Maelen (SP.A) kann eine entsprechende Initiative auch von Justizministerin Annemie Turtelboom (Open VLD) ausgehen. Luk Van Biesen (Open VLD) war dagegen anderer Meinung: Der Endbericht biete nicht genügend Elemente, um eine strafrechtliche Verfolgung anzustoßen. (sc/belga)

26.03.2012